

Geheimt täglich
erschienen, mit **Illustration**
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 90 Pf.
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 3.60 Mk.
pro Jahr frei ins Haus.
Durch die Post bezogen
1.60 Mk. zinkl. Verlagsz.

Die drei Welt
„Hilfsunterstützung“
durch die Post nicht begeh-
bar, kostet monatlich 30 Pf.,
vierteljährlich 80 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Kriegsm.-Büro
Vollstaatl. Verlagsz.

Wahlkreis

Inferiorangehörig
betragt für die 6. Wahlperiode
Politische oder deren Raum
20 Pfennig.

für amnestierte Angehörige
25 Pfennig.

Im reaktionären Falle
kollert die Zeit 25 Pfennig.

Inferior
für die 6. Wahlperiode
müssen spätestens bis zum
1. März bei der
Expedition aufgegeben
sein.

Eingetragen in die
Postzeitungliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baunburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Erkartsberga
Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Eine Geschichte der Dreiklassenwahl.

Herr Gella von Gellach ist kein Sozialdemokrat, sondern ein nationalgefinnter Mann. Ergeben können und werden ihm alle wahrhaften Streifen der Vorwürfe machen, daß er mit seinem oben erschienenen Buche „Die Geschichte des preussischen Wahlrechts“ (Verlag der Kiste Berlin 1908) einen Akt des kraßesten Vaterlandsverrats begangen habe. Denn es ist nicht denkbar, daß ein zivilisierter Ausländer, der dieses Buch liest, es auf der Hand legt ohne ein Gefühl des tiefsten Abscheus zu empfinden vor einem Staat, der solches Unrecht übt, und ohne halb mitleidig halb verächtlich auf das Volk herabzublicken, das solches Unrecht erträgt.

Die Geschichte des Dreiklassenwahlrechts vom 30. Mai 1849 bis zum 10. Januar 1908, wie sie sich nach der Gellachschen Dokumenten- und Materialiensammlung darstellt, ist eine Geschichte der politischen Barbarei, sündhaft in allen ihren Kapiteln, am schrecklichsten aber vielleicht gerade in jenem, das von der sogenannten „Würde des deutschen Mannes“ handelt, die sich in den öffentlichen Wahlen betätigen soll. Lassen wir die Tatsachen sprechen.

Zu einer Zeit, da es in Preußen noch gar keine Sozialdemokratie gab, wo sich die Demokraten von der Wahl fern hielten, als Gegner der regierenden Reaktion also höchstens gemäßig liberaler Männer bei den Wahlen in Betracht kamen, im Jahre 1855 gab der Minister v. Westphalen einen Erlaß heraus, in dem es heißt:

Ich darf voraussetzen, daß zwar der größte Teil der Beamten in dem Meistert der herrschenden Regierung bereit sein werde, zu einem glücklichen Ausgang der Gubernationsen im Sinne wahrhaft konservativer und wohlwollender Wahlen mit tüchtigem Eifer und aller Entschiedenheit der Gewinnung mitzuwirken. . . .

Im Hinblick auf entgegengelegte Erfahrungen soll aber den Beamten nahegelegt werden, daß ein Auftreten gegen die Regierung Sr. Majestät ihrer amtlichen Stellung und Dienstplicht zuwiderlaufe und feindselhaft gebildet werden könne.

Darauf erschienen Erlasse der Regierungspräsidenten, in welchen bemerkt wird, daß ein Auftreten gegen die Regierung Sr. Majestät . . . strenge Abmahnung nach den Bestimmungen des Disziplinargesetzes zu erwarten haben würde.

Die Herren Landräte, Schulinspektoren, Kreisbeamte, Postinspektoren und Kreisphysiker werden ersucht, gegenmütig Rückhalt an die ihnen untergebenen einzelnen Beamten — die Herren Landräte zu gleich an die Domänen, Steuer- und Katasterbeamten — schleunigst weitermitzuteilen.

Der Danziger Landrat erklärt einen Ullas an die Schulgen: Das vor kurzem dortigen mitgeteilte höhere Ortes erlassene Verbot erteilt die gemeinsame Weisung an alle Staatsbeamten, wozu auch die Schulgen, ferner die schon inaktiven Beamten und Militärpersonen gehören, sich bei den Wahlen keinerlei feindselige Barteinahme gegen die Regierung schuldig zu machen. Ich mache hierauf mit dem Bemerkung aufmerksam, daß zu den der Regierung entgegen-

stehenden Parteien die demokratische Partei in ihren verschiedenen Abstufungen und die Bethmann-Hollweg'sche Partei gehören.

Bethmann-Hollweg, dessen Partei verfehmt und geädert war, ist der Vater des jetzigen Staatssekretärs des Inneren, er wurde drei Jahre später selber Minister und gehörte als Antiliberaler einer Richtung an, die wir heute als rechtsnational-liberal oder freikonserativ bezeichnen würden.

Die Schredenstafeln von 1855 wurden im Jahre darauf in der Kammer zum Gegenstand öffentlicher Verhandlung. Dabei sagte der Pole v. Morawski:

Ich nicht der Herr Landrat Wode dem Schulmeister Koszowski aus Bielowiec gesagt, daß er ihn seines Amtes entziehen werde, wenn er nicht für ihn stimmen werde?

Ich nicht der Herr Landrat Wode dem Schulmeister Wozniak, als er krank war, aufgeführt, aufzustehen und sich dabei ausgedrückt, daß er, wenn er nicht für ihn stimmen werde, ihn seines Amtes entziehen werde?

Der Landrat von Hirschberg v. Graevenitz gibt im Abgeordnetenhause mit freier Schamlosigkeit diese Geschichte zum besten:

Wander (ein freisinniger Pädagoge. D. Red.) erhielt auch eine Anzahl von Stimmen und darunter von fünf Kreisführern, von denen zwei vor wenigen Wochen das Glas gehabt hatten. Sr. Majestät über das Gebräue zu fragen; ich bejahte sie zu mir und hielt ihnen ihr Unrecht mit ersten Worten vor, und eröffnete ihnen, daß sie sich meines Vertrauens unwürdig gemacht, ich ihnen daher die Legitimation für das nächste Jahr nicht wieder erteilen werde.

Wie sagte Lubowig v. Uerlach, der Kreuzzeitungsredakteur, dem nicht nachgegeben zu haben, in den Augen unserer heutigen Konserwativen Gella v. Gellachs schwerste Schuld ist?

Er sagte:

Die Freiheit besteht darin, daß man den richtigen Einflüssen unterliegt.

Und nach diesem Grundsatze handelte der regierende Mandarinenkönig.

In der Konstituante, 1863 feierte die Wüste der Wahlmacht noch tollere Orgien. Mehr als tausend Männer wurden damals wegen ihres Eintretens für fortschrittliche Kandidaten gemahngelt, darunter 20 Abgeordnete und von diesen wieder neun Richter!

Damals erklärte der berühmte Gelsenburg'sche Erlaß: Auch ein Kreissekretär ist nicht zu dulden, der, seine Pflichten als königlicher Beamter verlassend, im täglichen Umgang mit der Bevölkerung regierungsfeindliche Gesinnungen an den Tag legt.

Landrat von Ruttammer-Demmin proklamiert an seine Schulgen:

Wer für die Fortschrittspartei stimmt, ist ein Feind unseres Königs und Herrern.

So halt es durch alle Regierungsbezirke, alle Kreise. Der Direktor der Berliner Stadtvogtei Dyggalski ermahnt seine Beamten:

Wer sich einfallen ließe, Demokraten oder sogenannte Fortschrittsmänner zu wählen, werde auf der Stelle ent-

lassen. . . . Wer gar nicht wählte, würde auch seines Dienstes entlassen.

Den Schulgen wird für den Fall oppositioneller Wahl nicht bloß Absetzung sondern auch „Verwaltung des Böhrens auf Ihre Kosten“ angedroht, also eine erdrückende, wirtschaftlich verheerende Geldstrafe für freie Betätigung staatsbürgerlicher Rechte!

Der Regierungspräsident von Oepeln verübt auf Grund eines Ministerialerlasses an seine geistlichen Kreisinspektoren:

Ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß keiner der Lehrer Ihres Bezirkes den Verehrungen der den königlichen Willen repräsentierenden Staatsregierung bei den Wahlen sich entgegenstellen wird; sollten jedoch wider Erwarten solche Fälle vorkommen, so wollen Euer Hochwürden zur geeigneten weiteren Veranlassung sofort Anzeige machen. Die Diener Christi als Wahlbeamten im Lande der — „proletarischen Gewissensprüfung“!

Die Militärbehörde von Potsdam boykottierte alle Geschäftsleute, die sich fortschrittlichen Wählern schuldig machten. Auf Beschwerden wird ihnen geantwortet:

Ja, es ist richtig, daß kein Soldat etwas von ihnen kaufen darf! Sie sind Demotat und haben dem demokratischen Wahlmann Eckert ihre Stimme gegeben und somit beigetragen, daß nicht der Graf Keller sondern der Abgeordnete Klotz durchgekommen ist.

Im Jahre 1883 verlas der Abg. Niderl im Abgeordnetenhause einen Erlaß des Oberverwaltungsamts in Danzig an die Werktarbeiter. Darin heißt es:

Unter solchen Umständen erachte ich es als meine Pflicht, Euch (!) zunächst darauf hinzuweisen, daß von Euch erwartet werden muß, daß Ihr, die Ihr von einer kaiserlichen Behörde Lohn, Beschäftigung, sowie Unterstützung in Krankheits- und sonstigen Unglücksfällen erhaltet, gemäß dem alten Sprichwort:

„Was Brot ich esse, das Brod ich singe“

nur denjenigen Wahlmännern Eure Stimmen geben werdet, welche bereit sind, die im kaiserlichen Willen repräsentierende Staatsregierung unbedingt zu unterstützen.

Im Jahre 1886 führte der freisinnige Abg. Wilsdorff im Abgeordnetenhause aus:

. . . Und nun erst die armen Fabrikarbeiter! Ja, man muß in solchen Gegenden leben, um das Elend kennen zu lernen. (Raus denken.) Meine Herren, ich besage tief, daß Ihnen das lächerlich erscheint. (Sehr wohl! links und im Zentrum.)

Der Geistliche, mit den Verhältnissen wohl vertraut, sah sich gezwungen, den Reuten den Rat geben zu müssen, daß sie an Weib und Kind denken mögen. (Geisterst. rechts.)

Meine Herren, Sie kennen das Elend, was aus Obersachsen gemeldet ist, ich meine die Fälle, wo Arbeiter, die jahrelang in Treue ihrem Vorkhern gedient, aus ihrer Stelle entlassen wurden, weil sie nicht auf Kommando stimmen wollten.

Das Kloster bei Sendomir.

Nach einer als wahr überlieferten Begebenheit.
Von Franz Grillparzer.

„Glücklich schien er mittlerweile in seinen Überredungen um Eilas Herz. Als das Wädden sich zum erstenmal wieder an anhänglichen Kleibern erblühte, floß sie ihm beim Eintritte aufstehend entgegen und ein lange nachgeschütteltes Auf von ihren brennenden Lippen löschte seine Vorjorge, sein Bemühen. Dieser erste Auf blieb freilich vor der Hand auch der letzte, niederbesteniger durch diese sich aber das Strafendst mit der Hoffnung schmelzen, ihrem Setzen nicht gleichgültig zu sein. Sie war gern in seiner Gesellschaft, sie bemerkte und empfand seine Wohlwollen. Ich überlasste er ihr Auge, das abendens voll und betendend ihm ihr gebietet war, zu einigemal konnte er nur durch schnelles Zurückweichen verhindern, daß nicht ein Auf, den er gar zu gerne seinen Lippen gegen hätte, auf seine Hand gedrückt wurde. Er war voll der schönsten Hoffnungen. Doch mit einem Male änderte sich die Szene. Eine fremde, für Weidberger und Lebensgenuss, sich auf beschimmelte aussprach und manchmal hart an die Grenze des Unbitt zu freiten schien, so mied sie jetzt die Gesellschaft; freitende Gedanken jagten ihre Wollen über die schon geläutete Stinne; das getrübe Auge sprach von Tränen, und nicht selten drängte sich ein einzelner der führenden Gasse unter der schnell gemelten Winter herab. Starckenski bemerkte, wie der Vater sie dann ernt, beinahe drohend anblinnde und eine erlöschende Heiterkeit das Betreden des Wäddens bezeichnende, einen heimlichen Nummer zu unterdrücken. Einmal, reich durchs Vorgemach auf die Düre des Empfangszimmers aufzudeckend, hörte Starckenski die Stimme des Starckens, der aus's Befreite ernt, nicht fassen und sich sogar ziemlich gemelter Kundschilde bediente. Der Graf öffnete die Düre und ließ sich ringum, erblühte aber kein drittes, nur die Todter, die nicht meinten und höchst erheit, vom Vater abgedehlt, im Fenster stand. Nur mußten jene Schwelworte gepflogen haben. Da ward es fester Entschluß in der Seele des Grafen, durch eine rasche Werbung um Eilas

Gand der martierenden Ungewißheit des Verhältnisses ein Ende zu machen.

Während er sich kurze Zeit zur Ausführung dieses Vorzages nahm, ward Eilas vorige Bekertel noch und nach überlässt, langten die aus der Verbrümmung heimbrütenden Anhörigen an. Eilas schien weniger Freude über den Wiederberthei der so lange entbeherten Brüder zu empfinden, als der Graf vorausgesetzt hatte. Am auffallendsten aber war ihre schroffe Kälte, um nicht Härte zu nennen, gegen den Gefährten von ihrer Brüder Schuld und Strafe, den armen Vater Dyrnik, den sie kaum eines Blickes würdigte. Gut Eilas, und wohl ausbleiben, wie er war, schien er eine solche Abneigung durch nichts zu verbieten; vielmehr war in seinem Benehne zu unterwürfigen Benehmen das Streben sichtbar, sich um die gute Meinung von jedermann zu bewerben. Keine Härte konnte ihn aufbringen; nur schien ihm freilich jede Gelegenheit erwünscht, sich der beinahe verächtlichen Behandlung Eilas zu entziehen. Durch eine Grobhebenung um Eilas fügte, um ihn ganz fertig zu machen, schon war ein solches Jahr seit seiner Vermählung verstrichen, und Eilas gab noch keine Hoffnung, Mutter zu werden.

Doch plötzlich ward der Mauth des Glücklichsten auf eine noch weit empfindlichere Weise geholt. Starckenski's Hausverwalter, ein als redlich erprobter Mann, erdient, trübte Wollen auf der gehürchten Stinn. Man schloß sich ein, man rechnete, man verglich, man es gedulde sich bald nur zu beutlich, daß durch das, was für Eilas Verwandte geschehen

war, durch den schrankenlosen Aufwand der letzten Zeit, des Grafen Vermögensstande erschüttert war, und schleimige Vorgesänge, die den Schwelwut nach und nach in den häßlichen Eilas beide Brüder zerran. Wie denn überhaupt das Unglück nur Verleumdungsfähige befreit, so war die alles verständigende Gemüthe des rechtsichtigen Vaters durch die lange Entbehrung nur noch gieriger geworden. Auf die Kasse des Grafen mit ihrem Unterhalte angewiesen, hatten sie den überschwebendsten Gebrauch von dieser Zugabeung gemacht, und nachdem der in Seligkeit schwimmende Graf auf die ersten Anzeichen seiner bevorstehenden Verfallung unerbittlich die Antwort erteilt hatte: man solle es nicht zu genau nehmen und seinen Schwägern geben, was sie bedürften, war bald des Fortbens und Nehmens kein Ende.

Der Graf überlas mit einem Wille das Bedenkliche seiner Lage, und ordnungsliebend wie er war, hatte für ihn ein reiches Umleben von dem eingehölgerten Zusammenbleibe nichts Vorrangigens. Nur der Gedank an seiner Vermählung ihm bangte, selbst das heitere, in unbefangener Hoffnissio zu genen hinführende Wesen — Aber es mußte sein, und der Graf tat, was er mußte. Mit klopfendem Herzen trat er in Eilas Gemach. Aber wie angenehm ward er übertrakt, als, da er kaum die Verhältnisse auseinandergesetzt und die Notwendigkeit geblüht hatte, die Stuhl zu verlassen, um auf eigener Initiative den Verfallenen der letztenverfallenen Zeit mit der gut zu machen, als, bei der etnen Andeutung schien, Eilas an seine Brust stürzte und sich bereitwillig und eifreut erklärte. Was er wollte, was er gebiete, sie werde nur gehorchen sein! Dabei strigten Tränen aus ihren Augen, und sie würde zu seinen Füßen gefallen, wenn er es nicht verhindert, sie nicht emporgeloben hätte zu einer langen, Zeit und Wädden! außer dem Dyrniken außer dem Dyrniken.

Alle Anstalten zur Abreise wurden gemacht. Starckenski, der, von Jugend an ein Einseitiger gemohnt, alle Freuden des Hofes und der Stadt nur in der Freude, die seine Gattin daran zeigte, genossen hatte, segnete beinahe die Unfälle, die ihn zwangen, in den Schoß seiner ländlichen Heimat zurückzuführen. Eilas hatte und sorgte und in den ersten Nachmittagsstunden eines warmen Wäddens war man mit Eilas und Wädden in dem alterthümlichen Stammhause angekommen, das, neu eingerichtet und aufs beste insand ge-

1906. von Georg Meiner, Berlin.

War die Opfer dieses nationalliberalen Internerterrorismus mußte durch die Presse öffentlich gesammelt werden. Es waren keine Sozialdemokraten, sondern christliche Arbeiter. Das ist ein kleiner Auszug aus der entsetzlichen preußischen Schindlerchronik, die Gerschel in seinem materialienreichen Buche erzählt, und von der er glaubwürdig berichtet, daß auch sie wieder nur ein Auszug, eine „Blütenlese“ aus der Wirklichkeit sei. Aber auch sie genügt, um die ganze Kulturkatastrophe zu erkennen, die in den Worten der Regierungserklärung vom 10. Januar 1908 beschlossen ist:

Auch kann die königliche Staatsregierung die Erfahrung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen.

Herr Wilow hat dann im Laufe der Verhandlung behauptet, die Regierung werde sich bei den nächsten Wahlen unparteiisch verhalten. Auf ein leichtfertiges Versprechen kommt es diesem Manne nicht mehr an. Die „Weltmann-Hollwagische Partei“ oder die fortschrittliche (sowie sie bloßdenn bleibt) wird gewiß nicht mehr gemehrt werden, aber wir wollen es erleben, ob es uns glauben, daß in Preußen abhängige Wahlmänner sozialdemokratisch, weltlich, polnisch, dänisch wählen dürfen, ohne tags darauf pünktlich gemehrt zu werden!

Wenn ein Wilow von Unparteilichkeit redet, so ist gewiß, daß für die kommenden Wahlen ein terroristischer Druck von oben zu erwarten ist, gegen alle Genossen als Hindernis erscheint. Das Reich, der Staat, die Sozialbarone und Großgrundbesitzer werden sich verbinden, um die getretenen Millionen der dritten Wählerklasse auch noch die letzten Reste ihres bürgerlichen Selbstbestimmungsrechts zu berauben.

In diesen Tatsachen liegt die Rechtfertigung des bereits angeforderten Entschlusses der Arbeiterzeitung, wider den Druck von oben diesmal den Druck der Abwehr von unten zu organisieren. Die Auswärtigen, die sich zum künftigen Wahlkampf eröffnen, sind nicht angenehm für den Menschenfreund und den Menschenfeind und den Ehrlichen! Aber die preußische Regierung will es, auf ihr Haupt fällt alle Schuld!

Wir beschaffen den Jüngern, aber wir sind nicht genug gewarnt. Wir sind gewarnt, Tatsachen zu schaffen, die das herrschende Junkertum zur Einsicht nötigen, daß nach dem beisehenden in Preußen ungleichen und öffentlichen Wahlrecht im Jahre einwandfrei unüberwindlich zum allerletztenmal gewährt worden ist. So geht es nicht weiter! Mag dem Scheitern ohne Ende ein Ende mit Schrecken bereitet werden, im Buche der preußischen Reichsjustiz werden dann wenigstens diese Wahlen das letzte Kapitel gewesen sein!

Cagesgeschichte.

Salte a. S., 27. Januar 1908.

Das preußische Dreiklassenparlament

nahm am Sonntag zunächst eine Reihe heftiger Etats ohne Debatte an und diskutierte danach ausgiebig den Etat der Domänen- und Forstverwaltung. Abgeordnete aller Parteien trafen Schmerzäußerungen darüber aus, daß die Regierung das Wella der deutschen Wirtschaft, Nordern, ein Staatsbankrott gefallen lasse. Die Regierung aber scheint nicht recht an die Möglichkeit der Aufhebung der Steuerfreiheit und der „merken Fiktion“ der Wälder zu denken, mit dem Könige zu glauben, denn sie will wieder die Wälderverbindungen nach Norden verbessern, noch dem einige zehnjährige Jahre alten „neuen“ Waldes ein noch neueres an die Seite setzen. Ein schönes Stück preußischer Bureaucratengehies mit dabei zum Vorhinein: Der Ministerialreferent, der seit 35 Jahren die Angelegenheiten der Ansel Nordern bearbeitet, ist auch noch nicht einmal dort gewesen. So regiert man in Preußen vom grünen Tische aus.

Den größten Teil der Sitzungen nahmen Erörterungen über die Erhaltung der staatlichen Forste in der Nähe der großen Städte in Anspruch. Landwirtschaftsminister v. Arnim bestand auf dem alten Plan des geschäftlichen Zippelstreichs-Kompagnons Doppels mit dem Verkauf dieser Staatsforsten zu Spekulationspreisen große Einnahmen für die Staatskasse zu erzielen, die angeblich irgendwelchen Landeskulturzwecken dienen sollen. Am meisten befürchtete wurde der Wälder in dieser Absicht, dem großstädtischen Arbeiter das letzte bisschen Licht und die letzte Möglichkeit der Erholung in der freien Natur zu nehmen, durch die Abgeordneten des fortschrittlichen Fortschrittstreffes von Berlin-Teilm. Westm. Charlottenburg. Der konservativ Herr v. Hammer, der dank dem Dreiklassenwahlrecht die Forstergemeinden im Abgeordnetenhaus vertritt, wiederholte seinen alten Vorschlag: Berlin muß bluten! An darüber die Arbeiter in der Großstadt Schaben an ihrer Gesundheit nehmen und die letzte Möglichkeit eines harmlos-kleinen Vergnügungsausfluges verlieren, ist ihm natürlich egal. Da war selbst die Spitze der rechten Junker, mit Herrn v. Brande in ein und Herrn v. Treßlow an der Spitze, anständig, sie wollten die Stabsstelle nur um die Hälfte der Spekulationspreise pfeifen. Herr Fischbein, der Vertreter der Stadt Berlin, suchte und fand natürlich wie an der Wahlrechts-Erklärung des Fürsten Wilow so auch an den hartnäckigen Weigerungen des Landwirtschaftsministers, den fiskalischen Standpunkt mit Rücksicht auf die Gesundheit breiter Volksschichten wenig einwandfrei, manches Erreichte. — Am Dienstag beginnt die Beratung des Budgets.

Die französische Kammer über Wilows auswärtige Politik.

Auf eine jener großen Reden, die das geschäftliche Verbot eines Genossen Auerbach bleiben werden, antwortete am letzten Freitag der frühere Minister des Auswärtigen, Herr Delcaes mit einer Rede, die ein Ereignis war, nicht bloß weil sie den früheren langjährigen Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs zum erstenmal wieder seit seinem Sturz auf die Rednertribüne der Kammer brachte, sondern auch weil sie mit seltener Schärfe den Zustand der Dinge bloßlegte, wie er in Europa wirklich besteht. Herr Delcaes sprach offen aus, daß Deutschland durch die Marokkofaäre seine frühere Vormachtstellung in Europa vollständig verloren habe. Mit Stolz

setzt, durch Nachlässigkeit und Wüstenbau weitestgehend erreicht, was ein verpöhter Mensch, ein Verzeihlich mit den Balkänen der Städte allenfalls hätte vermehren können.

Nach der Ankunft lösten sich zum Teile aufzuklären, warum Ghan die Vererbung der bisherigen Lebensweise so leicht gemessen war. Er fand in den ersten Monaten einer bis dahin recht verheerlichen Schwangerschaft, und Starbens, mit der Erfüllung aller seiner Wünsche überschüttet, kamte keine Grenze seines Glücks.

Frühling und Sommer verbrachten unter lässlichen Ergötlichkeiten, abendlichen Einrichtungen und frohen Erwartungen. Als das Laub gefallen war und rauhe Stürme, die ersten Boten des Winters, an den Fenstern des Schloßes rüttelten, nahm Ghan die ersten Schritte der Schwangerschaft, und ein englisches, kleines Mädchen ward in die Arme des Grafen gelegt, der die Tochter mit segnenden Tränen benetzte. Weide überstanden, wie die Geburt, waren die Folgen, und Ghan blühte bald wieder einer Rose gleich.

(Fortsetzung folgt.)

sprach er von dem „Reiz der Freundschaften Frankreichs und seiner Afrikanen“. Sei es aus Anlaß der Konferenz von Algieras zu einem Kriege nicht gekommen, so deshalb, weil Frankreich, auf seine Würdigung gefaßt, Vertrauen zu sich selber haben könne. Den schmerzlichen Schlag gegen die deutsche Diplomatie aber führte Herr Delcaes, als er ausrief:

Für Deutschland wäre es besser gewesen, die Konferenz von Algieras hätte nicht stattgefunden. Ohne die Konferenz wäre die glückliche Vererbung der europäischen Lage nicht so klar in die Erscheinung getreten. Herr Delcaes' und seine Kollegen sind nicht geistig, daß dieser gewesene Minister von seinen Feinden nicht geliebt hat. Er vergißt, daß er bei seiner erfolgreichen Arbeit, durch die er Deutschland in Europa isolierte, keinen besseren Bundesgenossen hatte, als die verächtliche Schlingelgänger, die bloße Renommiertheit gewisser deutscher Politiker, und er schadet den Interessen seines Landes, indem er in den gleichen Fehler verfällt. Es ist weder edel noch klug, Westeile zu verböhnen. Ganz besonders das hat internationaler Protestariat alles Recht, und alle Ursache, solche rednerische Kometen, von welcher Seite sie immer kommen, auf scharfe zu verurteilen.

Dagegen haben unsere deutschen Patrioten keinen Anlaß, sich über Herrn Delcaes zu erheben. Denn die solche die politische Erfolge aufzuweisen, die Frankreich, die wäre ihnen längst ein Frauenstolz geworden. Wenn auch Herr Delcaes so rüchichtslos war, ausreißend zu schreien, wie die deutsche Volkspolitiker von Langer bis auf den Grund gekommen ist, so hätte es auf der anderen Seite gar keinen Sinn, wie die deutschen Diplomaten mit geballter Faust in den ihnen vorgehaltenen Spiegel schlugen. Schon gar das „national geführte deutsche Bürgeramt“ würde besser tun, sich mit seinem ganzen Mannesgute gegen das unfähige Regime zu wenden, das diese deutsche Weltlamage herbeigeführt hat, als ihn gegen einen Mann zu verhandeln, der allzu diplomatisch, allzu rüchichtslos weltbestimmte Wahrheiten ausspricht.

Die Rede Delcaes' wirkt gerade in dem Augenblick, in dem sie gesprochen wurde, auf die regierenden Kreise Preußens Deutschlands wie ein Blitzschloß. Das war sehr angelegentlich gerade zu der Zeit, da Herr Wilow das Reichstagswahlrecht als preußische Staatsgefahr bezeichnete, da eine regierende Klasse hoffentlich die Forderungen des Volkes mit dem Volksgelächel zurückwies, in der Kammer eines demokratischen parlamentarisch regierten Staatswesens ein republikanischer Staatsmann aufstand, der über die Unfähigkeit des deutschen Absolutismus die volle Schale seiner Verachtung ausgoß! Dieselben Leute, die dem Volke seinen Anteil an der Regierung verweigern, weil sie alles selber am besten zu wissen glauben, haben das Ansehen Deutschlands vor dem Auslande völlig verwirrt. Diese Leute reden von einem „Niedergang des Parlamentarismus“, der durch das gleiche Wahlrecht verschuldet sei! Wenn die französische Kammer, wenn das englische Unterhaus spricht, hört die ganze Welt. Wenn der deutsche Reichstag spricht, hat sie mitteilend auf seiner Schwäche die Achseln, und der preußische Landtag wird überhaupt nur bemerkt, sofern er zur Debatte Anlaß bietet! Gabe es ein nachschaffendes nationales Bürgeramt in Deutschland, so würde es fast über den Chauvinismus des Herrn Delcaes zu setzen. Hand in Hand mit der Arbeiterzeitung jenseitigen Berufschaftslisten ein Ende bereiten, das „die nationale Ehre“ so tief geschändet hat.

Die Hege gegen das Reichstagswahlrecht

sind neuerdings auch in den Spalten der offiziellen Presse beständige Aufnahme. Die Nordd. Allgem. Ztg. drückt zusammen eine Auslassung des Reichsboten ab, die den durch Kreisfreche Redensarten hervorgerufenen Sturm in der Mittwochssitzung des Reichstages folgendermaßen zu einem Argument gegen das Reichstagswahlrecht zu wenden versucht:

Angesichts solcher Vorgänge muß sich doch jeder fragen, daß das Verhalten der Sozialdemokraten die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen völlig ausschließt. Das Reichstagswahlrecht hat dahin geführt, daß ein Klein-Konzern die Regierung der Reichstagswahlrecht ausübt. Weshalb sind denn unsere Parlamente noch nicht so weit herunter wie die anderen Staaten? Weil die Geschäftsführung des preußischen Abgeordnetenhauses ein ernstes Eingreifen ausübt. Das Verhalten der Sozialdemokraten ist eine ernste Mahnung an die preußische Regierung, in Sachen des Wahlrechts fest zu bleiben.

Daß die Erklärung Wilows vom 10. Januar der Hege gegen das Reichstagswahlrecht neuen Vorschub leisten würde, war vorzuzusehen. Daß sich die Regierungspresse schon vierzehn Tage später zum Tragen solcher offenen Angriffe auf die Reichsverfassung machen würde, war nicht vorzuzusehen, und übersteigt alle Erwartungen. Die volksparteiische Presse, die einer offen maßregelnfeindlichen Regierung noch immer Zuhälterdienste leistet, wird darauf freilich nichts anderes zu antworten wissen, als die im weinerischen Tonfall vorgebrachten Behauptung, daran seien eben die — Sozialdemokraten schuld!

Großherzog und Straßendemonstration.

Auf einem parlamentarischen Abend der heftigsten Kammer unterhielt sich der Großherzog von Hessen mit dem Abg. Genossen Ulrich, der an den Berliner Straßendemonstrationen teilgenommen hatte, und bemerkte dabei, daß das Vorgehen der Polizei allgemein berechtigt gewesen wäre. Das Wort des Großherzogs läßt verschiedene Deutung zu. Daß das Vorgehen der Polizei dort, wo sie sich referiert und anständig benahm, „berechtigt“ war, kann auch die Sozialdemokratie zugeben; leider hat sie sich aber stellenweise auch höchst brutal und herausfordernd benommen. Daß ein solches Vorgehen unberechtigt sei, hat dann auch der Großherzog wenigstens stillschweigend zugegeben. Als nämlich Gen. Ulrich erwähnte, daß eventuell auch die Darmstädter Arbeiter eines Tages demonstrierend vor das großherzogliche Schloß ziehen könnten, zeigte sich der Minister Braun absolut nicht beunruhigt und erwiderte, daß gegen die Demonstrationen als solche folgende nichts einzuwenden sei, als sie in voller Ruhe und Ordnung vor sich gehen. Der Polizei solle das Recht zu Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Großherzog hörte diese Worte des Ministers Braun an, ohne gegen sie irgend eine Einwendung zu erheben. Der ansehende vom Großherzog gestiftete Standpunkt des Ministers Braun deckt sich absolut mit der Auffassung der preußischen sozialdemokratischen Arbeiter. Diese sind gerne bereit, bei ihren Demonstrationen die Polizei in ihrem Bestreben, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, tatkräftig zu unterstützen. Störungen der Ordnung und Ruhe verurteilen nur die von der heftigsten stark abweichende preußische Auffassung, die Strafe sei nur für bössche Schauflenden und den Rabau der Patrioten da, demonstrierende Arbeiter aber diese man mit Säbel und Revolver von ihr fortweisen.

Bei der Preußenpresse hat sich der von ihr fälschlich so genannte „rote Großherzog“, der sich mit den geäderten „Herrn

und Verfassern“ friedlich unterhält, natürlich wieder einmal gründlich verstimmt!

Die Aktion gegen Genossen Karl Liebknecht nimmt ihren Fortgang. Die Regierung hat die Klage auf Entlassung des Genossen Dr. Karl Liebknecht von der Reichsanwaltschaft an den Obergerichtshof der deutschen Reichsanwaltschaft in Leipzig eingeleitet, so sie die Ausschließung zu erlangen hofft die ihr von der Berliner Anwaltskammer verweigert wurde. Die Vertreter der Berliner Rechtsanwaltschaft waren anfänglich geneigt, das Ansuchen abzulehnen, einem ihrer Kollegen aus politischen Landensgründen die Erlaubnis zu erteilen. In der zweiten Instanz, dem Obergerichtshof in Leipzig, aber sind die Anwälte in der Minorität, die Mehrheit wird von Richtern gebildet, und von diesen hofft die Regierung die Ausschließung zu erreichen. Und es ist in dieser Hinsicht nicht unmöglich in Deutschland.

Der Sozialdemokratie den Krieg erklärt hat am Samstag im badischen Landtag der neue Minister des Innern von Bodman. Er habe darauf hingearbeitet, daß in der neuen Session der „rote Bize“ — bekanntlich Gen. Ad. Ged. Der Ber. — aus dem Präsidium verdrängt und durch einen Kontervater ersetzt werde. (Dabei ist die sozialdem. Fraktion 12 Mann stark, die Kontervater 4.) Ein Sozialdemokrat könne in Baden nicht Staatsbeamter werden. Er, der Minister, habe Erhebungen anstellen lassen, ob bei der letzten Landtagswahl im Jahre 1905 Antimilitaristen gemeinsam mit Sozialdemokraten Wahlkandidat gegen das Zentrum gewesen wären. Diese Erhebungen seien allerdings ergebnislos verlaufen. Als der verlorene badische Großherzog auf der Lage lag, habe sich die republikanische Stimmung der Sozialdemokratie gezeigt. Auch lehnte sie die Billigkeit ab. Der Jenseit Parteiung habe die Massenfreirevolution gefaßt, und dies bedeute die Propagierung der Gewalt. Des Ministers Regierungsprogramm sei: Alles für die Arbeiterzeitung, nichts für die Sozialdemokratie!

Da unsere Genossen am Samstag nicht mehr zum Worte kamen, dürfte im Laufe dieser Woche eine heftige Sozialistendebatte einleiten. Vor 4 Jahren hatte der Vorgänger des Ministers v. Bodman der damaligen sozialdem. Fraktion zugerufen: Ich möge Ihre Anwesenheit im Landtag nicht missen! — Heute preist auch im Ministerlande ein anderer Wind.

Geistesfreiheit im Lande der Dreiklassenmacht. Die heutige Regierung erziehe eine Verfassung, die „Gesellschaft für Volksbildung“ in Berlin, weil diese eine der christlichen Lehre und Kirche entgegengelegte Stellung einnehme. Die Regierung warte vor Unterstützung der Gesellschaft durch Beiträge oder Vorkaufnahme.

Preussische Geistesfreiheit. Wir zitieren aus der Positivischen Zeitung vom 24. Januar 1908: Die Leitung einer großen Fabrik in Osnabrück hatte eine sogenannte „gelbe Gewerkschaft“ gegründet, die den Arbeitern eine Anzahl von Vorteilen bot unter der Bedingung, daß diese sich von den unabhängigen Arbeiterorganisationen lösteten. Ein dritter unabhängiger Arbeiter war nun von den Arbeitern befreit worden, was er von dem Ansehen an diese Gewerkschaft hatte, worauf er erwiderte, daß es für die Arbeiter seiner Meinung nach empfehlenswert sei, sich dabei nicht zu binden, was ihm die Gewerkschaften, deren Anwesenheit gegen das bestehende sein mag, bekannt wurde, wurde gegen diesen Arbeiter förmlich eine Beschwerde bei dem hannoverschen Kirchenregiment eingeleitet. Die orthodoxe Kirchenbehörde ließ sich nicht zweimal rufen, sondern erschien in der Person des Generalinspektors. Derselbe Arbeiter hielt dann einen Vortrag, worin er an die Tatsache erinnerte, daß es in der sozialdemokratischen Wählermasse mancher christlichen und patriotischen Elemente gibt. Ein offenbar von gereizter Feder geschriebener Bericht über diese Rede ward aus denselben Kreisen wieder der Kirchenbehörde eingereicht, und wieder setzte sich die Behörde in Bewegung, um eine Regulierung der sozialistischen Überzeugungen des benutzten Arbeiters anzubahnen.

Die Wollin richtet ihre Angriffe auf gewisse „liberale“, „liberale“ Kreise, die den Arbeiter schuldig benutzten hatten; aber bemerkenswert ist doch noch der Eifer des Kirchenregiments, jede Bewegung freihändlerischer Gesinnung und sozialpolitischer Einsicht in den „Kirchenbüchern“ totzuschlagen.

Ein Reichsverbandsherr. Amundus Schaubert, Verfasser einer Eubelbrochure gegen die Chemnitzer Ostrankenschiefer, ist mit zwei Gefährten wegen Verpöhtung verhaftet worden. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hatte beim Erscheinen der Brochure die in derselben enthaltenen Verleumdungen in das geistige Rüstzeug des Verbandes aufgenommen.

Kasernenziehung. Drei Minister des Januier Infanterieregiments hatten nach der Front. Keine Preise am 22. Novbr. einem Returen befohlen, den Schluß zu ihrer Etube zu holen. Aber der wollte nicht und tat es erst nach einem gelinden Puff. Das hatte der Gefreite Gieser gesehen. Er sagte zu den drei Ministern, sie sollten ihm einmal den Returen auf die Etube zu den alten Returen schicken, um ihn zu erzischen. Das geschah und der Retur wurde dann auf der Etube durchgeprügelt. Unter anderem erhielt er mit einem Pantoffel einen Schlag gegen das rechte Ohr, daß das Trommelfell platze. Wegen dieser Mißhandlung erlitten die Ausstehende Knott und Bok je zwei Monate Gefängnis. Außerdem wurden aber wegen Verpöhtung zur Mißhandlung der Gefreite zu drei Wochen und die drei Minister zu je einer Woche Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Frankreich. Gegen die Antimilitaristen. Die Pariser Anwaltskammer hat Genosse Gustav Heros ausgeschlossen und damit ihren alten Plan aufgegeben, das Antipatriotismus und Antimilitarismus Schuldigen nicht sein Verblich in einem Beruf erwerbend zu lassen, in welchem so viele ansehnliche Profitmacher Rechtlicher einheimen. Schon als Heros, nach seiner Entlassung aus dem Wehramt, in seinem Studium die Verurteilung zur Antimilitarität erworben hatte, verurteilten seine neuen Kollegen, ihn zur Pariser Anwaltskammer nicht zuzulassen. Der Pariser Ausschluß von 1906 über die Antimilitaristen beibrachte sie daran, diesen Beschluß durchzuführen. Seitdem ist nicht das geringste vorgefallen, was das Disziplinardesverfahren gegen Heros rechtfertigen könnte. Die neuliche Verurteilung wegen eines Preßdeliktes langt sicherlich nicht aus, um die Ausschließung selbst vor honorigen Partisten zu begründen. Man wird sich wohl auf die „antipatriotische“ Stimmung im allgemeinen berufen. In Wahrheit aber hat gar nicht der Antipatriotismus Heros, sondern es haben seine wiederholten Angriffe gegen die Kapitalistenklasse, die den Patriotismus der Marokkaner ihrem Puff zuzufache als „Rebellion“ behandeln und die Eroberung Marokkos betreiben, die Wut der juristischen Agenten der Großherzogliche erregt. Die Herren von der Anwaltskammer gingen auch über den Ein-

was hindert, daß sie zu einer solchen Entscheidung gar nicht kompetent sein. In einem Urteilsfall ist die Vollstreckung der Advokaten einzuführen worden. . . Der zur Veranlassung des Prozesses war der berühmte Biograph, der später mit Camille Desmoulins' illustrierten Werken, der "Memoiren aus der Bastille".

Den einen Antimilitaristen hat die Anwaltskammer ausgeschlossen; einen anderen hat sie aufgenommen. Der Justizminister Briand ist vom Obersten zum Pariser Barreau gelassen worden! Zuletzt gab es der Anwaltskammer von Portofo.

Kristide Briand als also jetzt Chef der nationalen Justiz und Mitglied des Pariser patriotischen Barreaus. Die Pariser Gesandten aber haben einen jungen Schürmader zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er antimilitaristische Zettelchen an die Wauern geklebt hatte. Der Inhalt dieser Zettelchen bestand aus Zitate verschiedener berühmter Autoren: Rousseau, Kantale France und Kristide Briand! Wie launisch sind doch die Maßstäbe des Schicksals . . .

England. Polizei- und Arbeitslose. Ein Trupp Arbeitsloser kam aus dem March von Manchester nach London in Birmingham und der Polizei in Konflikt. Durch Zuzug von hundert Arbeitslosen wuchs der Trupp auf etwa tausend an, wovon einzelne die Polizei angriffen. Es wurden vier Verhaftungen vorgenommen und der Trupp vorläufiger bis zur Stabgrenze polizeilich eskortiert.

Während blauen Säbeln auf die Arbeitslosen eingehauen haben die englischen Polizisten nicht; das tut man nur im kaiserlichen Preußen.

Gewerbegericht Halle.

Vorsitzender: Stadtrat Kurth; Beisitzer: Bädermeister Günther; Kaufmann Hmann; Richter Döring und Wöhrer W. A. H.

Müllererleid. Mit einem kausen Mantel bedekt, der das Gesicht nach allen Richtungen hin verdeckt, erschien der geklagte Müller Regal vor Gericht und verlangte von dem Justizdirektor Wundrad 8,50 M. vorkontenhaltes Lohn. Nach der Justizdirektor ist ein Proletariat zu sein, der am Tage seinem Handwerkerberufe nachgeht. Regal hat früher bessere Zeiten gesehen, denn er war erster Geiger. Zu den Weihnachtsfesttagen war alles, was spielen konnte, wieder zusammen gehalten worden und er erhielt auch Regal den Auftrag, in Diemich zur Waldmuff zu spielen. Wundrad beauftragte einen Musiker, dem Regal mitzugeben, in Diemich zu musizieren. Er sollte sich jedoch, bevor er am 1. Feiertage nach dem Diemicher Gesellschaftsaal geht, in der Musikerbörse melden. Wundrads Auftragsgeber betitelt aber bei der Wirtin, der Geiger könne sich erst in der Musikerbörse stellen, eventuell aber auch direkt nach Diemich gehen. Regal ging in das Gesellschaftshaus und fibelte da von vier Uhr nachmittags bis in die Nacht hinein. Als er aber den vereinbarten Lohn von sechs Mark verlangte, sagte man, er könne nichts bekommen, da er sich nicht vorkontenmäßig in der Musikerbörse gemeldet habe. An seiner Stelle habe ein anderer Geiger gespielt und Regal sei überflüssig gewesen. Da aber Wundrads Wirtin befandete, der Geisler habe gesagt, Regal könne auch direkt nach Diemich gehen, wurde Wundrad zur Zahlung von sechs M. verurteilt.

Wegen Findungsloser Entlassung klagte der Geschäftsführer Kamilius gegen den Schlußmischermeister B. A. H. Klager verlangte 40 M. Beflagter hingegen sagt, die Entlassung war berechtigt, da Klager eines Abends bei dem Rüttern der Feder betrunken gewesen sei und auf Vorhalt dem Bruder des Beflagten gesagt habe: "Ich bin im Ahlen-Hub; nehmen Sie sich in acht, daß Sie nicht einmal mit meinen Käuffen Bekanntschaft machen". Da aber der Klager behauptete, daß er die Redensart von dem Ahlen-Hub und von dem Käuffen "non freundschaftlich" gemeint habe, schlossen die Parteien einen Vergleich, nach dem Klager 3 Mark erhält und noch eine Woche beschäftigt wird.

Benfalls wieder eingestellt wird der Geiger Schöber, der von dem Wirtmeister Rudel wegen Findungsloser Entlassung 42 M. verlangte. Er hat infolge schlechten Brennmaterials eines Tages nicht genügend Dampf schaffen können. Darauf war der Sohn des Beflagten zu ihm gekommen und hatte gesagt, er solle machen, daß er fortkommt. Dies brauchte sich der Klager selbstverständlich nicht anmerken lassen. Man einigte sich auf eine vorläufige Weiterbeschäftigung.

Erlöse mit ihrer Klage hatte die Hallenserin Röhler gegen den früheren Direktor des Café Wolke, Röhler Klagerin verlangt 58,50 M. wegen Findungsloser Entlassung. Während Beflagter, durch seinen Vertreter behauptet läßt, die Klagerin sei nur mit dreitausend Kündigung engagiert worden, behauptet der frühere Röhlermeister selbst, es sei eine 14tägige Kündigungsfrist vereinbart worden. Einiges Tages im Dezember v. A. verkaufte der Beflagte, der sich auf seine Bestellungen in Eisdorf zurückzog, sein Hotel und dann erfolgte die Kündigung und plötzliche Entlassung der Klagerin. Anfanglich verlangte die Geschädigte 63 M. Es wird ihr ein Lohn in Höhe von 16,50 M. und Entschädigung für Hof und Wohnung, pro Tag drei M. für 14 Tage = 42 M., also ein Gesamtbetrag in Höhe von 58,50 M. ausbezahlt. Den Angaben der Klagerin und ihres Rezens wurde Glauben geschenkt.

Eine Entschädigung von 19,50 M. verlangte der Zuschneider Lehmann von der Firma Reuter u. Co. Klager war im Jahre 1906 mit 3000 M. Jahresgehalt engagiert worden. Weiter hat sich kein Chef verpflichtet, ihm pro Jahr Stoff zu drei Anzügen und einem Kasket zu liefern. Jahresverfühlte die Forderung, die allerdings längere Zeit zurücklag. So kam es, daß Klager nur 2,25 M. ausgebezahlt erhielt und mit der weiteren Forderung abgewiesen wurde.

Für unzulässig erklärt das Gericht in der Sache des Ingenieurs Richter, der die Firma Labmeyerwerke in Frankfurt a. M. wegen einer Forderung in Höhe

von 88 M. verklagt hatte. Da der Richter nicht im hiesigen Gerichtsbezirk sondern in Guben für die Firma beschäftigt gewesen ist, er in Leipzig wohnt, das Stammhaus der Firma sich in Frankfurt befindet und hier nur eine Zweigniederlassung in Halle, die Klage nicht zulässig ist. Den Akt, den Richter zu klagen, hatte ihm ein nicht eingeweihter Rechtsanwalt gegeben.

Gerichtssaal. Strafkammer.

Halle, 24. Januar.

Ein sorgloser Familienvater. Einem hiesigen Arbeiter waren die Erziehungsrechte seiner Kinder im Jahre 1904 abgepflegt worden, da er sich wieder um das leidende Wohl, noch um die Erziehung derselben kümmerte. Auch die Mutter soll die Pflichten vernachlässigt haben. Da nun die Eltern alt, zusammen 5-6 M. verdienen und die Kinder teils auf Kosten der Stadt ernährt werden müssen, wurde der Mann zur Unterhaltspflicht herangezogen. Weil er aber in dem Zeitraum von einem Vierteljahr nur zwei M. gezahlt hat, verurteilte ihn das Schöffengericht zu einer Zwangsarbeit. Wegen dieses Verurteiltes hat der Mensch mit der merkwürdigen Begründung Verurteilung eingeleitet, er sei nicht verpflichtet zum Zahlen, da man ihm die Erziehungsrechte seiner Kinder aberkannt habe. Man befreite ihn eines anderen, die Verurteilung aber wurde verworfen.

Ue eine Quantität Fallobst hatten eine Hausbesitzerin und ein Dienstmädchen Selbstkorn von je drei Mark vom Schöffengericht erhalten. Beide hatten das Urteil in der Berufungsinstant angefochten. Die Angeklagten betritten, weder im September noch im Oktober Obst aufgehoben oder abgepflegt zu haben. Bei der Verhandlung kamen Dinge zur Sprache, die für die Wahrheit der Anzeige sehr annehmend waren. So sagte ein Zeuge, es wären ihm sechs Mark geboten worden, wenn er zum Anfertigen von Angeklagten ausläge. (?) Die Verurteilung beider Angeklagten wurde jedoch verworfen.

Ein liebenswürdiger Meister. Gegen einen 50-jährigen Tischler, Familienvater von neun Kindern, hatte sein Meister Anzeige erstattet, weil der Geselle eine Quantität Bretter, die er zum Anfertigen eines Cartes erhalten, verkauft habe. Die Bretter sollen 10 M. wert gewesen sein und als Arbeitslohn zahlte der Meister für den Tag 4,50 M. Im Nachhau kam also je ein Tag dem Meister auf 14,50 M. zu stehen. Und wie teuer werden diese Bockartikel verkauft! Trotz des feinen Geschäfts aber demnach die Anzeige gegen den armen Gesellen, der in letzter Zeit gehandelt hat. Der Angeklagte wurde zu 15 M. Geldstrafe verurteilt.

Kerger über schnellfahrende Radler. Ein hiesiger Arbeiter lehrte eines Sonntag Abends von einem Ausflug nach der Heide zurück. Auf der Kröllwitzer Weide argerte er sich über einen Radfahrer, der seiner Ansicht nach zu schnell fuhr und ihm im Vorbeifahren angriffen haben sollte. Er rief aus: "Diese Radler fahren doch wie die Wideln!" Er ist übrigens nicht der einzige Beobachter, dem auf dem Hin- oder Rückwege Begegnungen mit Radfahrern schon Verdrüss bereitet haben. Der Radler geriet wegen des Anrufes mit dem Arbeiter in Wortwechsel und erhielt schließlich von dem Gerichten Strafe. Der Radler wurde zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Er wurde und drohte, ihn in die Saale stürzen zu lassen. Auch soll er ihm das Rad durch Fußtritt beschädigt haben. Der Arbeiter muß seinen allzu leidenschaftlich geäußerten Kerger über die Extrabahn des Radfahrersports nun mit 40 Mark Geldstrafe büßen.

Um einen Strafenbahnfahrer zu sprechen. Vier in Halle ist wie in einer Strafgerichtssprache gegen einen früheren Strafenbahnfahrer zur Sprache kam, in gewissen Kreisen, namentlich in denen der leidenschaftlichen Jugend, die wunderliche Ansicht verbreitet: wer eine Million gebrauchter Fahrtscheine gesammelt habe, erhalte ein Klavier oder ein Fahrrad. Ueber die Richtigkeit, von der der erste Prämie zu erheben ist, und sich die bestmögliche Sammlung von Fahrtscheinen ermitteln, noch nicht ganz einig; manne vermuten sie bei der Firma Leiner, andere bei der Strafenbahnverwaltung. Es soll jugendliche Sammlerinnen geben, die auf diese angenehme Hoffnung hin schon ganze Wädden aller Fahrtscheine aufbewahrt haben. Nach der Mitteilung eines Polizeikommissars ist auch in Berlin, bezüglich falsche Gerücht im Umlauf und findet dieselben Glauben, obwohl es dort ebenso wie hier jeder Unterlage entsteht. Weder der Berliner noch der Halleischen Polizei hat es trotz der angelegten Ermittlungen gelingen wollen, festzustellen, wie und wodurch eigentlich das müßige Gerücht entstanden ist. Es bleibe aber als einzige Lösung des Rätsels nur die Annahme übrig, daß sich Sozialdemokraten einen gewissen Spiel mit dem verbreiteten Publikum gemacht haben müssen.

Zur Sprache kam das ergebliche Wädden aus folgendem Anlaß: Ein herrschaftlicher Diener von hier war früher Strafenbahnfahrer gewesen. Am 30. November vorigen Jahres der abtreibe er einem Fahrrad einen bereits veralteten Fahrtschein. Als der Fahrtschein zum Kontrollieren der Fahrtscheine auf dem Bureau von dem Schaffner dem Fahrrad schnell noch einen richtigen Fahrtschein ein. Er will das deshalb hinter dem Rücken des Fahrtscheiners getan haben, um von diesem nicht wegen des Irrtums abgerufen zu werden. Denn nur um einen Irrtum habe es sich bei der Verarbeitung des veralteten Fahrtscheins gehandelt. Einige Tage zuvor habe er in einem Restaurant von einem Damen-Paare und Ledter, erzählen hören, auf eine Million gesammelter Strafenbahnfahrtscheine erhalte man ein Klavier oder ein Fahrrad als Prämie. Sofort habe auch er zu sammeln begonnen. In jenem Tage habe er gerade eine Unzahl solcher veralteter Fahrtscheine bei sich getragen und aus Versehen einen von ihnen herausgeriffen. Die Strafenbahnverwaltung hatte jedoch als ihr der Vorkall gemeldet wurde nicht Irrtum, sondern betrügerische Absicht angenommen. Die entlich den Schaffner auf der Stelle und erstattete außerdem noch gegen ihn Anzeige wegen Betrugs. Bei der Affäre handelt es sich um ein Wertobjekt von 10 Pfennigen. Der Amtsanwalt hielt den Schaffner des Betruges für überführt und beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von einer

Wöche. Das Gericht gestieg aber zu einem selbständigen Urteil. Klarer Verdacht aber betrügerischen Absicht liege allerdings vor, doch habe das Gericht zur vollen Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten nicht gelangen können. Das fragliche Hausrecht. Ein hiesiger Hausbesitzer hat im Gebäude seines Grundbesitzes eine Schenkungskassette, deren Besitztümern den modernen polizeilichen Anforderungen in mancher Hinsicht nicht mehr entsprechen sollen. Das Restaurant trägt den Namen des Hausbesitzers, wird aber nicht durch ihn selbst sondern durch einen sogenannten Geschäftsführer bewirtschaftet. Würde es an einen Wächter abgegeben werden, so würde ohne vorherige Mitteilung der polizeilich gestellten Wünsche die Schenkungskassette nicht auf den Wächter übertragen werden. Den mit den Verhältnissen nicht näher vertrauten Gästen des Restaurants kann leicht der Irrtum unterlaufen, daß sie den Geschäftsführer für den eigentlichen Wächter halten. Einmal hat sich ein geschlossenes Gesellschaftsabend im Restaurant ein Vermögen abgehoben, für das ein Lohnnehmer angenommen worden war. Der Hausbesitzer befand sich mit in der Gesellschaft und traf und besaß wie ein anderer Gast. Der Lohnnehmer erregte schließlich sein Mißfallen, so daß er ihn aus dem Lokale wies. Der Restant war über die Hinzuweilung seitens eines Mannes, der er nicht für den Wächter hielt, sehr verwundert und leitete ihr daher erst nach mehrmaliger Wiederholung Folge. Der Hausbesitzer stellte deshalb gegen ihn Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch. Das Schöffengericht sprach indes den Restant frei, da er unter den obwaltenden Umständen sehr wohl ein berechtigtes Interesse an dem ihm hinausweichenden Herrn wirklich das Hausrecht aufstehe.

Briefkasten der Redaktion.

A. K. Raumburg. Wenn der Nachbar die nötige Sorgfalt außer acht gelassen hat, ja. Hat er aber getan, was in diesem Falle möglich war, werden Sie wenig Erfolg mit einer event. Klage haben. Da müßte man mit dem ganzen Bereich der Angelegenheit kennen, eine abschließende Urteil abzugeben möglich sei.

S. W. Weisenfels. 1. Wenn die Ausübung mangelhaft oder nicht so ist wie vereinbart, können Sie auf Lösung des Vertrages klagen. Da aber in solchen Fällen der Klageort Wert ist, wird die Sache etwas kompliziert werden. Zeilen die der Herr Ihre Befürwörter mit und besorgen Sie den Vertrag. 2. Nein, das geht nicht, wenn damals die versicherungspflichtige Beschäftigung aufhörte.

Streitfrage. Die Feuerlöschpflicht der städtischen Feuerwehre ist unentgeltlich.

H. Nichteil. Wenn die Gemeinderatsmitglieder nicht öffentlich sind, so ist das natürlich unzulässig. Starke Angelegenheiten werden meist in nichtöffentlichen Sitzungen erörtert.

Nr. 555. 1. In 30 Jahren. 2. Die Forderung ist zwar insofern des Offenbarungsbeides ausgesprochen, kann aber zu jeder Zeit wieder erhoben werden aus dem Gläubiger. 3. Was wollen Sie beanspruchen? Vermögen ist doch wohl nicht da. Das Gehalt! Das gehört doch Ihrer Mutter. Sie werden also nicht mehr machen können. 4. Der Mutter, da sie es besitzt hat. 5. Ja, klagen müssen Sie in dem Falle.

Leudern. Nein, verpflichtet sind Sie nicht dazu. Ist auch für den Betreffenden gar nicht von Vorteil. Die Staatsbeamten bekommen allerdings das Gehalt vierteljährlich voraus.

N. H. 100. Wenn Sie Ihre Frau die Tat verzeihen haben, können Sie jetzt nicht mehr darauf zurückkommen. Es sei denn, wenn Ihre Frau verstorben ist und vorhanden sind demn. Unterbringung gabten.

D. S. Rebra. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat und legen Sie 25 Pf. Rückporto bei. Gen. Güldenberg wird die Angelegenheit prüfen und Ihnen dann Bescheid ausgeben lassen. Kommen Sie nicht früher, bis Sie es bestellt werden.

Zu den Gemeinderatswahlen.

Die Wählerlisten liegen nur bis zum 30. Januar aus. Eldere sich jeder sein Wahlrecht! Keiner darf die Einklassnahme veräumen.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindegewährte, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reichs ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindegewährten besitzt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gelamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbeitrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu dem Gemeindegewährten nach einem Jahresentkommen von mehr als 600 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach volendetem 14. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Inhaber mehrerer Zimmer sind wahlberechtigt, Schlafsucher ist das Wahlrecht abgepfunden worden.

Besonders ist darauf hingewiesen, daß man zur Neubildung des Gemeindegewährten - im Gegenlaß zu den Städten - nicht Braue zu sein braucht, es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Zur weiteren Information empfehlen wir unseren Genossen die mit Erläuterungen versehenen Landgemeindegewährten (1 M.), sowie den Führer durch die Landgemeindegewährten (30 Pf.). Beide Bücher sind durch die Parteibuchhandlungen zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Noch

4 Wichtige Tage 4

Dienstag - Mittwoch - Donnerstag - Freitag

da wir, um eine Räumung unserer Lager zu erzielen, an diesen Tagen viele Artikel unseres Warenlagers bis zur

Hälfte des Preises

verkaufen,

Iohnt es, sich von den Vorteilen zu überzeugen und beachten Sie deshalb unsere

staunend billigen Preise in Damen- und Mädchen-Konfektion, Damen- und Mädchen-Rüten.

Billigste Preise in Baumwollwaren, Gardinen, Trikotagen, Wäsche, Schürzen, Herren- und Knaben-Konfektion.

Wichtig!

Diese 4 Tage erhält jeder Käufer, ob Kunde oder nicht,

ein Rabattbuch mit 2 Rabattmarken an unserer Kasse gratis!

Ein Posten **Herren-Stiefel** 6 90

Schnür- und Knopf-
Der jetzt Paar 30 M.

Ein Posten **Kinder-Plüschschuhe** 98

m. Lederohle u. Spitze Nr. 23 bis 30 Paar

Ein Posten **Damen-Filzschuhe** 1 38

m. Leder-ohle Paar jetzt 2 M.

Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

Die
ange-
Ant-
Wort
wiele
als
dem
ant-
1906
urch-
das
Die
dieser
art-
trio-
aber
haben
die
als
recht,
regt.
Ein

Arbeiter-Bildungsverein zu Halle a. S.
 Sonntag den 2. Februar
 im gr. Saale des Volksparkes (Burgstr. 27)
Theater-Abend.
 Zur Aufführung gelangt die satirische Komödie
Die Himmelsuhr von **Novität!**
 Einlaß 6 1/2 Uhr. — Anfang Punkt 8 Uhr. — Ende gegen 11 Uhr.
 Kinder unter 14 Jahren werden nicht zugelassen. Zutritt nur
 für Mitglieder gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches a 20 Pf.
 und deren Angehörige gegen Vorweisung der Einladung a 30 Pf.
 NB. Die Mitglieder können Karten für ihre Angehörigen
 bekommen durch die Obmannen, sowie Herrn Schäpe (Webe-
 nauerstraße 102 b) und Sähmig (Gang 42/43).

Achtung! Gas- u. Elektrizitäts-Arbeiter. Achtung!
 Dienstag den 28. Januar 1908 abends 8 1/2 Uhr
 in der Goldenen Rette, Alter Markt 11 (scheses Zimmer)
öffentliche Versammlung
aller Gas- u. Elektrizitätsarbeiter.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt
 gegeben. Kollegen! Erscheint vollständig; seid, daß ihr Männer
 seid. Der Einberuher.

Öffentliche Frauenversammlungen
 Am Dienstag den 28. Januar abends 8 1/2 Uhr:
Zipsendorf. Rasberg.
 Gasthof Seyfert. Schweizergarten.
 Ref.: Genossin Tlotz-Gamburg. Ref.: Genossin Tlotz-Berlin.

Sozialdemokr. Verein Zeltz.
 Sonnabend, den 1. Februar
 im „Breuchhischen Hof“
Großes
Vokal- u. Instrumental-Konzert.
Danach: Ball.
 Programm sind vorher zu haben bei den Ge-
 nossen Kämpf und Leopold. Der Vorstand.

Freireligiöse (Freidenker-) Gemeinde Weissenfels.
 Dienstag, den 28. Januar abends 8 Uhr in der „Zentralhalle“
Vereins-Versammlung.
 Tagesordnung:
 Vorlesungen über: „Die wahre Schöpfungslehre.“
 Götze haben als Hörer freien Zutritt.
 Der Vorstand. Alfred Thronicker.

Gesangverein „Liederkranz“
 Sonnabend, den 1. Februar von
 abends 8 Uhr an im Wintergarten
Maskenball
 Karten sind bei den Mitgliedern zu haben.
 Nicht Karten kein Zutritt.
 Der Vorstand.

Teuchern.
 Sonntag d. 2. Febr. abends 8 Uhr im Gasthof zum grünen Baum
gr. Vortrags-Abend.
 betreffend in Gesangs-, musikalischen und humoristischen Vorträgen,
 ausgef. von der berühmten Truppe des Gen. Strizewicz-Berlin.
 8. Febr. Sonntag 7 Uhr.
 Die Herren werden gebeten, an diesem Abend im Saale
 nicht zu rauchen. Die Veranstalter.

Elsterwerda.
 Arb.-Radfahr-Verein Vorwärts.
 Sonnabend d. 1. Februar
 im Gasth. z. Kronprinz
Maskenball.
 Dem Erscheinen aller Sportregattenisten nicht
 entgegen. Der Vorstand.

Blendend weisse Wäsche
 erzielt man mit
Dr. Thompson's
SEIFENPULVER
 1/2 P. Paket 15 Pfg.

Süßmilch's
Walhalla-Theater.
 Jeden Abend
Gala-Vorstellung
des Weltstadt-Programms!
 Unter:
Geni Family, 10 Personen,
5 Frauen, 5 Herren.
 Alles ist schon durch deren wunder-
 vollen Anzug entzückt.
 Gerades Sensation erregt mit
 seiner Kopffahrt
Alfonco.
Little Ika, die 14 Jähr. Violla-Virtuosin
 über den ganzen Zuschauertraum
 räumlichen Leistungen allabendlich im Sturm die Herzen
 aller Musikfreunde.
? Paulette van Roy ?
 die kleine Rakete.
 Ausserdem noch 4 weitere Attraktionen.
 Jeden Mittwoch nachmittag 4 Uhr:
Familien-Vorstellung nur lebend. Photographien.
 Erwachsene 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.
 Dienstag,
 den 11. Februar: **Masken-Ball.**
 Jeden Donnerstag: **Ueberraschungs-Abend.**
 Vorverkauf nur im Theaterbureau.

Stoff-Reste für **Anzüge, Hosen**
 und **Damenkostüme**
 welche sich in allen Farben und Längen an-
 sammeln, werden zu billigsten Preisen verkauft.
 Halle a. S. **H. Elkan,** Leipziger-
 strasse 87.

allerfeinste
Voll-Heringe
 5 Pfg.
 1 Schock 2.75 Mark.
F. Beerholdt, Bechershof 8,
 dicht am Markt.
 Fernruf 1040.

Prösen. Gasth. z. Kaiserkrone, Prösen.
 Sonntag den 2. Februar abends 7 Uhr
grosser öffentl. Masken-Ball.
 Jede Karte erhält ein Geschenk. Außerdem gelangt
 zur Auslösung für Herren eine Stauduhr, für Damen
 ein Regulator.
 Eintritt für Herren 50, Zuschauer 30 Pfennig.
 Der Beführer: **Chr. Wehler,**
 Vorverkauf 25 Pf. bei Barbier Link u. im Gasth. z. Kaiserkrone.

Für **Arbeiter**
 dauerhafte u. doch billige
Barch.- u. Hemden
 Normal.
Hosen, Jacken etc.
 blau Leinen-, Cop-
 Manchester- u. Buckskin-
 Reste.
C. Wilt. Schrader,
 Leipzigerstr. 17,
 eine Treppe, kein Laden.

Zeitz Zeitz
Wandrucks Restaurant.
 Von Freitag d. 31. Jan.
 bis Montag d. 3. Febr.
Bockbier-fest.
 Wägen und Kettich
 gratis.
 Sonntag von 11-1 Uhr:
 Frühlingsbier.
 Es ladet freundlichst ein
Hermann Wandrack.

Mustenbonbon.
 tüp. frische Fabrikation empfiehlt
 1/2 Pfund zu 10 Pfennig
Fr. Danner,
 Gr. Steinstr. 68, Leipzigerstr. 65,
 Weitzstr. 64.

Wäsche-Rolle m. elektr. Botr. steht
 den werten Haus-
 frauen zur gefälligen Benützung.
Unterberg 8 p. r.

Lehrling.
 Sohn rechtschaffenster Eltern mit
 guter Schulbildung findet zu
 Herrn 1904 in meinem
 Spezial-Geschäft für Porzellan-,
 Kristall- und Luxuswaren
 Stellung.
Louis Böker, Leipziger-
 strasse 7.

Lehrling
 gegen monatliche Entschädigung
 findet Stellung.
Moritz Cahn,
 Gr. Ulrichstr. 3 (Nörren-Konfektion)
 Hebr. Deckel angel. Abzug
 gegen Koll. H. Klausstr. 7, G. L.
 Freundl. Schlußrede an Herrn
 Freimfelderstr. 17, III. l.

Stadt-Theater Halle
 Direktion: Hofrat M. Richards.
 Dienstag den 28. Januar:
 130. Ab.-Vorstellung. 2. Viertel.
 Umtauschkarten ungenüht.
Novität!
Zum 6. Male:
 Mit vollständig neuer
 Ausstattung an Kostümen und
 Dekorationen
Ein Walzertraum.
 Operette in 3 Akten v. D. Strauß.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Mittwoch den 29. Januar:
 Nachmittags 3 Uhr:
Kaffee-Vorstellung bei
gang feinen Preisen.
Wilhelm Tell.
 Schauspiel in 5 Akten
 von Friedrich von Schiller.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 131. Ab.-Vorstellung. 3. Viertel.
 Umtauschkarten gültig.
Der Wildschütz
 oder: Die Stimme der Natur.
 Rom. Oper i. 3 Akte v. A. Voglring.

Apollo-Theater
 Direktion: Gustav Poller.
 Nur noch 5 Tage!
Master Link,
„Der Menschenaffe“.
8 Biseras
 Damen-Musikal-Ensemble.
Narrow Br.
 hochsolider Radfahr-Vt.
„Der Kopfsprung,
 5 Meter weit, in den
 Zuschauertraum.“
Mlle. Lorette
 mit dem „Ben“,
 lebende Jagdbilder,
 und die übrigen Glanz-
 nummern.
 Barteidriften empficht die
 Fabrikanten

Raucht Eckstein-Zigaretten!
Nr. 5
 Diese rühmlichst bekannte Zigaretten-
 marke wird auch nach Einführung der
 Zigarettensteuer in derselben
 sorgfältigsten Qualität u. Handarbeit
 hergestellt.
Preis: 10 Stück 25 Pfg.
 Der enorme Konsum befähigt die
 Fabrik, die Zigarettenbindungen stets
 mit frischer Ware zu versorgen.
 Man verlange ausdrücklich:
Eckstein's Nr. 5
 und prüfe genau, daß jede Zigarette die volle Firma
 „A. N. Eckstein & Söhne“ nebst Schutzmarke trägt.
 (Über 1000 Arbeiter.)
 In Zigarettenbindungen zu haben.
 Vertreter: **Otto Kaiser,** Halle a. S., Seefenerstraße 5.
 Fernsprecher 3113.

Todes-Anzeige.
 Euerdurch allen Freunden und Bekannten die traurige Nach-
 richt, daß meine liebe Frau und unsere gute Mutter
Martha Wilczek geb. Marks
 am Sonnabend den 28. Januar nach langem, schwerem Leiden
 sanft entschlafen ist.
 Dies zeigen tiefbetruert an im Namen der Hinterbliebenen,
 der trauernde Gatte **Philipp Wilczek und Kinder.**
 Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 4 Uhr von der
 Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt.
 Die Mitglieder des Holzarbeiter-Vereins werden gebeten,
 sich an der Begräbnisfeierlichkeit recht zahlreich zu beteiligen.
 Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß unser
 lieber Vater, Schwieger- und
 Großvater, der Invalide
Friedrich Hense
 im Alter von 69 Jahren ver-
 storben ist.
 Dies zeigen mit der Bitte um
 stille Teilnahme an
Die Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag nachmittags 4 Uhr von
 der Leichenhalle des Südfried-
 hofes aus statt.
Die trauernden Kinder.

Nordsee-Halle.

 Mit besonders preiswert
 empfehlen wir:
Riesen-
Lachsheringe,
 gefalzen oder marinirt,
 3 Stück ca. 2 Bind:
p. Stück 10 Pfg.
 Die Heringe haben schönes
 weißes Fleisch, sind im Ge-
 schmack delizios.
Nordsee-Halle,
 derDeutsches.Dampfschifferei-
 Gesellschaft „Nordsee“,
 Gr. Ulrichstr. 58.

Selten billig:
 Gutes Plüschsofa nur
 40 M., Tisch 9 M., Kleider-
 schrank 22 M., Kommode
 18 M., Spiegel m. Schränk-
 chen 25 M., guter Teppich,
 Schlafsofa 24 M., Waschi-
 schüssel 18 M., Nähmaschine
 mit Stickrahmen 46 M.,
 4 Rohrstühle, Bettstelle
 mit Matratze 24 M.,
 Ansführung,
Geiststr. 21,
 2 Treppen rechts.
 Einen Fleischerlehrling
 sucht zu Diensten Franz Schröder,
 Wolfen bei Bitterfeld.

Die Streiks und Aussperrungen nach der amtlichen und der gewerkschaftlichen Statistik.

Es ist noch auf die verschiedenartige Wiedergabe der Resultate in beiden Statistiken hinzuweisen. Während die gewerkschaftliche Statistik nur über Erfolge resp. Misserfolge der Arbeiter berichtet, verzeichnet die amtliche Statistik Erfolge der Parteien. Bei den Aussperrungen verzeichnet die amtliche Statistik die Erfolge der Arbeitgeber, dagegen zählen wir auch bei Aussperrungen die Erfolge der Arbeiter. Da die Aussperrung ein Kampfmittel der Unternehmer ist und von diesen ingeniirt wird, so läßt sich dagegen nichts einwenden, wenn amtlich darüber in der angegebenen Weise berichtet wird. Aber was bei Aussperrungen richtig sein kann, ist nicht unter allen Umständen für Streiks maßgebend. Unrichtig ist es deshalb, wenn mit folgender Zahlenangabe die Erfolge der Parteien bei den Arbeitskämpfen nachzuweisen versucht werden, wie es das Statistische Amt beliebt:

Jahr	Die Arbeitnehmer hatten Erfolg bei den Ausständen und Aussperrungen			Die Arbeitgeber		
	vollen	teilweisen	keinen	vollen	teilweisen	keinen
	1906	649	1672	1305	1305	1672

Darnach scheint das Reichsstatistische Amt anzunehmen, daß jeder von den Arbeitern verlorene Streik den Unternehmern vollen Erfolg gebracht habe. In der Tat der Gipfel statistischer Logik!

Zu den hauptsächlichsten Feststellungen der amtlichen Statistik gehören die Nachweise über Kontraktbruch und Vergehen gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Strafgesetzbuchs. Nach beiden Richtungen hat aber die Statistik nicht das zutrage gefördert, was die Regierung erwarten mochte. Was die Frage nach Kontraktbruch betrifft, so ist dieselbe einseitig, und wie das Statistische Amt selbst zugestehen muß, in einer Form gestellt, daß aus der Beantwortung dieser Frage nicht zu ersehen ist, ob im Einzelfalle die Streikenden beim Eintritt in den Streik aus dem Grunde nicht kontraktbrüchig gewesen sind, weil für sie überhaupt keine Kündigungfrist bestand, oder aber deshalb, weil sie die tatsächlich bestehende Kündigungsfrist ungenutzt gelassen hatten.

Wesentlich des Einsperrens der Polizei und der Staatsanwaltschaft anlässlich der Streiks und Aussperrungen bezieht sich das Statistische Amt auf folgende Bemerkungen: Nach den Mitteilungen — hat die Streikbewegung des Berichtsjahres, insoweit die beendeten Streiks in Frage kommen, in 500 Fällen zur Anrufung der Staatsanwaltschaft geführt, während 804 mal die Polizeibehörden in Anspruch genommen wurden. Ob und inwieweit es zu einem wirksamen Einsperrten der erwähnten Behörde gekommen ist, und welche Wirkung dasselbe gehabt hat, ist erklärungswürdig nicht aus den Nachweisungen zu ersehen, die zu einer Zeit ausgestellt werden mußten, zu welcher zwar der Streik bereits beendet war, der definitive Erfolg etwa eingeleiteter Amtshandlungen aber noch nicht festgestellt. Was übrigens die seitens der Polizeibehörden erteilte Tätigkeits anlangt, so hat dieselbe nur in einem Teile der vorerwähnten 804 Fälle in direktem Einsperrten gegen die Streikenden bestanden; vielfach konnte die Polizeibehörde sich beschränken auf die Auffstellung von Schutzmannsposten auf der Arbeitsstelle oder auf Bahnhöfen, auf die gesteigerte Kontrolle der Wirtschaftler, der Verwaltungen der Streikenden usw.

Ob und inwieweit die Staatsanwaltschaft wirklich Anlaß zum Einsperrten hatte, ist nicht klar. Zunächst ist sie angeordnet, und daß es in einer Anzahl von den 500 Fällen insbesonderen zur Verurteilung der betreffenden Personen gekommen ist, ist nicht zu bezweifeln. Doch ist mit diesen Ziffern gar nichts zu beweisen. Wollte man daraus irgendwelche Schlüsse ziehen, so wäre zunächst nachzuweisen, bei welchen Streiks die Gesetzesverletzungen vorgekommen sind. Darüber gibt die Statistik ebenfalls keine Auskunft. Und nun erst das Einsperrten der Polizeibehörden. In der Hauptsache bestand die seitens der Polizeibehörden bei Streiks und Aussperrungen entwickelte Tätigkeit

in dem Schutze der lieben Arbeitstilligen. Anstatt sich auf die Verfolgung von Geschäftsverletzungen zu beschränken und sich um hübsche Angelegenheiten nicht zu kümmern, ließen die Polizeibeamten die Parte in jeder richtiger Ordnung hinein, in Streikposten mit irgendeinem Kolonnen oder Kolonnen fuhren, müssen sich in Dinge, die sie nichts angingen und schafften tüchtig Vergehen gegen imaginäre Verbordnungen oder projektieren Auseinandersetzungen, die zu wirklichen Vergehen führen. Auch ohne polizeiliche Schutz würde den Arbeitstilligen kein Haar gekrümmt werden. Dagegen wäre es den Streikenden möglich, die Arbeitstilligen auf ihr unpolizeiliches Verhalten aufmerksam zu machen und sie in Güte zur Arbeitsunterlegung zu bewegen resp. sie von der Annahme der Arbeit fernzuhalten. Das Vorgehen der Polizeibehörden bei solchen Anlässen, die Parteien der Polizei für Unternehmer und Arbeitstillige und gegen die Streikenden, muß naturgemäß bei letzteren die größte Erbitterung hervorgerufen, und so bedauerlich es auch ist, so erheblich ist es, wenn ein Streikender in der Erregung sich zu Ausfahrungen und anderen auch zu Taten hinreißen läßt, die er dann vor dem Strafrichter zu verantworten hat. Würden die Polizeibehörden auf den Schutz der Arbeitstilligen verzichten, dann wären die Streikbewegungen noch weit geringer, als sie es unter den bestehenden Verhältnissen ohnehin sind.

Wird das Reichsstatistische Amt nun endlich zu der Erkenntnis gekommen sein, daß es so nicht weiter geht, daß es auf diesem Wege überhaupt nicht zu einer brauchbaren Statistik gelangt, die einen Vergleich mit den statistischen Leistungen anderer Länder auf diesem Gebiete, ja auch nur einen Vergleich mit der privaten Statistik der deutschen Gewerkschaften ausbietet? Wird es sich endlich dazu entschließen wie es anderwärts geschieht — im Verein mit den Arbeiterorganisationen eine zuverlässige Streikstatistik zu schaffen die auch das weit größere und fruchtbarere Feld der friedlichen Lohnbewegungen nicht unbeachtet läßt? Darf man erwarten daß es sich entschließt mit dem System der Polizei-Anwaltschaft zu brechen und auf der gefunden Grundlage wissenschaftlicher Statistik ein Werk aufzubauen das dem deutschen Namen zur Ehre gereicht? Wird nicht optimistisch genug, um uns Illusionen hinzugeben. Solange der Weg zur Erforschung nicht das Bureau des Zentralverbandes deutscher Arbeitervereine, sondern nur auf eine objektive Streikstatistik vergeblich wartet. Das hieße ja freigen von den Dornen ernten wollen. Aber wir werden nicht nur fortfahren, die statistischen Leistungen des Reiches lächerlich und gründlich zu prüfen, sondern auch mit Hilfe der deutschen Gewerkschaften weiter arbeiten in dem Bemühen, eine Streikstatistik zu schaffen, die jeder Prüfung gewachsen ist. L. B.

Aus den Nachbarkreisen.

Gewöhnliche Widersetzlichkeit und Nichtachtung.

Am 9. Juni v. J. fand im Grünen Baum in Teuchern eine Bergarbeiterverammlung statt, in welcher auch über die Vorbereitungen zum demnächst stattfindenden Verbandstreffen gesprochen wurde. Nebenwärtig in dieser Versammlung war der bekannte Polizeigeant Schulze. An der Diskussion beteiligten sich unter anderem die Vergeltete Schröder, Meyer und Preußer. Schröder wies auf die Maßnahmen der Polizei gegen die Veranlassungen der Arbeiterstreik hin und soll nach den eiblichen Verbindungen des Schulze gesagt haben: „Wie ihr alle wißt, ist ja von der Polizeibewaltung in letzter Zeit mit aller Schärfe entgegengetreten worden, um uns das Vergnügen zu entziehen. Wenn ich gesagt haben: „Wenn uns das Vergnügen als ein geschloßenes.“ Preußer endlich soll die Versicherung gebraucht haben: „Die Polizei tritt uns mit Schikanen entgegen.“

Der Bürgermeister von Teuchern stellte gegen die drei Vergeltete Strafantrag wegen Verleumdung, und das Schöffengericht beurteilte die Angeklagten Schröder und Preußer zu je einer Woche Gefängnis, sprach aber Meyer frei. Verantrag waren für jeden 14 Tage gewesen. Die Naumburger Strafkammer revidierte später das schöffengerichtliche Urteil und erkannte gegen Schröder auf 30, gegen Preußer auf 20 Mark Geldstrafe!

Es wird wohl mancher Leser den Kopf über diesen Unterschied der Urteile schütteln. Wir wollen deshalb hier aus der Urteilsbegründung des Schöffengerichts einen Abzug folgen lassen. Es heißt da:

„Bei Abmessung der Strafe gegen beide hat das Gericht die Schwere des Polizei gemachten Vorwurfs berücksichtigt, ferner daß, wie es beim Gericht natürlich ist, von beiden die Kreise, denen die Angeklagten politisch zugehören, in letzter Zeit fortgesetzt den Vorwürfen der höchsten Polizeiverwaltung und deren Organe gegenüber eine hartnäckige Widersetzlichkeit und Nichtachtung gezeigt wird, weshalb von Verkündung einer Geldstrafe Abstand genommen und eine Gefängnisstrafe von je einer Woche für eine angemessene und ausreichende Sühne erachtet ist.“

Sei es also mit anderen Worten: Wenn in Teuchern die Arbeiter der Polizei höher gefolgt wären, sich nie beklagt oder geklagt hätten, dann wäre mit einer Geldstrafe abgetan. So aber ist eine hartnäckige Widersetzlichkeit gewisser Kreise vorhanden und dafür müßt ihr nun büßen. Wir leben von einer weiteren Kritik des Urteils ab, denn wir befinden uns nicht in England, wo es auch ein Redakteur mal einfallen kann, einen offenen Brief an den Richter zu richten. Für uns gilt nun das eine: Das Teucherner Schöffengericht hat festgestellt, daß es in Teuchern keine Polizeibehörden gibt und das muß uns vollkommen genügen. Wer anders denkt, mag's denken, sagen darf er nichts!

Kellerbrennen.

Ein neues Gebiet der Bekämpfung der Sozialdemokratie hat sich anheimelnd der Reichsverband in Naumburg ausgebreitet. Nach dem Bericht eines hiesigen Mitglieds ist bei dem Weinhändlerkreise des Bezirksvereins Naumburg des deutschen Reichsbundes (Union Ganymed) neben den üblichen Schweisbelegen vor den Prinzipalen folgendes in der Forderung des Vorstands gelagt worden: „Lasset alle Kleinleisteinräumer beiseite und dient nur der großen, schönen Sache: Abtugung und Hebung unseres Standes und einig mit unserer Prinzipalität...“ Wir deutschen Kellerbrenner, die wir uns schon von jeher von jener großen Umstürzpartei, welche so oft vergebens versucht, in unsere Reihen Preise zu schlagen, ferngehalten haben, wollen auch in dieser Stunde, alten Traditionen gemäß, unfer patriotisches Gefühl zum Ausdruck bringen. Folge das läbliche Hoch auf Wilhelm II. Das der Vertreter der Prinzipale dem Redner seine Anerkennung ausdruck, ist selbstverständlich. Dieser hätte selbst er nicht in Unterwürigkeit vor einem „hohen Worte“ machen können, wie hier der Redner vor dem Worte! Die „Herrn“ Redner — denn mit der Bezeichnung Arbeiter würden sie beleidigt werden — schmären von Zufriedenheit. In ihrem Festliche heißt es u. a.:

Darum laßt uns nicht verzagen,
Wenn auch schwer ist unser Stand,
Wenn wir uns nur gut betragen
Stets in unserm Vaterland,
Einigkeit auf unsern Bahnen
Und dabei Zufriedenheit,
Diese beiden soll uns mahnen,
Was auch böses mag die Zeit.

Unser Verden überlassen wir es, für diesen — Erguß den richtigen Ausdruck zu finden. Nach dem sprach noch der dem Redner aus der letzten Professoreverammlung bekannte Redakteur Schlichting. Er sprach den Herren im Frank seine Anerkennung für ihre Bemühung aus. Zwei Punkte seien besonders der Anrede aufzuführen. Es sei ein schönes Zeichen, wenn man einen zu seinen Arbeitgebern ziehe, denn diese würden bei ihrer reichen Erfahrung stets auf die beste für sich — wie für ihre Angestellten sorgen! Den zweiten Punkt möchte er als den Glanzpunkt der Forderung bezeichnen. Dieser Punkt bedeute, daß der Kellerbrenner den Werbungen jener Partei, die den Umkehr der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung auf ihre Fahnen geschrieben habe, sein Ohr verschließen und daß er gemäß sei, an diesem Programm der Königs- und Vaterlandsliebe auch in Zukunft festhalten. Er könne deshalb versprechen, daß die Naumburger Presse, die durch ihn allein vertreten sei, solche Ziele stets und gern unterstützen werde.

Gering schätzte sich also der Redakteur der Allgemeinen nicht ein. Er ist der alleinige Vertreter der Naumburger Presse, nun, hoffentlich ist er auch bald der alleinige Vater seines Blattes. Er past aber zu den Mitgliedern des Reichsbundes wie die Haut aufs Auge. Servil, unterwürdig sind beide, die

David Friedrich Strauß.

1808 — 27. Januar — 1908.

Sein Name lebt mit dem Werke seiner Jugendkraft, Strauß' Leben Jesu — das ist ein in die Vollkommenheit gedringenes Schlagwort und nur Worte, die eine befreiende Tat bezeichnen, einen Abschlus und Anfang, leben so. Für Deutschland ist damit das Signum einer bestimmten Geschichtsepochen gegeben, ein Schild Erfüllung der Sehnsucht, die von übermächtigen Gezeiten bedrückt, auf einen Umschwung der Dinge des öffentlichen Lebens hatte. Die Epoche der ersten hiesiger Jahre ist dies Schlagwort herauf, die Jahre nach der Julirevolution von 1830, die für Deutschland nur wenig politische Ergrüßterung, aber um so mehr geistiges Leben und Aufleben brachte. Das junge Deutschland regte sich, mit harten Schlägen ging's der gealterten Romantik zuleibe, Gegenwartslieben wollte man für die Literatur. Man wollte das feiere Wort, keimt vom gemeinsamen Aemtel zur allgemeinen Tat, bekamen, das Wort, die Erträge der vergeblichen Kritik einzuheimsen. Und weil das Polizeisystem der Reaktion sich darauf verlor, dem politischen Kampfe die Vorteile zu sperren, brach die aufgeweckte Kraft nun einfach nach anderer Richtung tatkräftig durch: am wichtigsten auf religiösem Gebiete, und zwar in einer Form, die alsbald als gefährlicher Angriff polizeilicher Anmaßung in der Person der Kirche, die wichtigsten Stütze der herrschenden Gesellschaft, den Boden, auf dem sie sich sicher und fest stützte, unter den Füßen weg. Es ist charakteristisch, daß man das Wort, das Strauß mit seinem Buche Das Leben Jesu kritisch bearbeitet*) getan, als eine neue Vaterland empfand. Es wurde zur Waffe gegen eine unheimlich gewaltige Autorität, und seine Angriffskraft kamante in der Tat wie bei Luther aus dem nicht mehr zurückzubehämmenden Bergungen, zu bekamen, das Wort und Weg für wahr hielten, einmal der Sache wegen, und dann, um vor dem eigenen Gewissen gerechtfertigt dastehen zu können.

*) Das Werk ist jetzt in einer Volksausgabe in zwei Bänden à 1 Mk. erschienen. — Auch ist es in der Bibliothek des hiesigen Sozialdemokratischen Vereins zu haben.

Berlin war für die geistige Bewegung Deutschlands in dieser Zeit von führender Bedeutung, und in Berlin sollte Strauß den Plan, sein Leben Jesu zu schreiben. Er war Würtemberger von Geburt; in Ludwigsburg stand seine Wiege, und das Tübinger theologische Stift erzog ihn. Mit den bedeutendsten Köpfen des schwebischen Jungwuchses, zum Beispiel mit Friedrich Theodor Vischer und Eduard Mörike, auch mit dem Ferner-Hule, verband ihn enge Freundschaft. Aus dem Amte am Maulbranner Seminar trieb es ihn 1832 nach Berlin; aber dort raffte die Cholera ganz jäh auch Hegel hin, bald nach Strauß' Ankunft. Er drückte sich Strauß aus: „Am feinstenwillen war ich wieder gekommen.“ Schleiermacher, der andere Große, der ihn nach der preussischen Hauptstadt gelockt, konnte ihm das nicht sein, was er von Hegel erwartet hatte. Und nun wieder der, der sich als geistiger Lehrer mit dem jungen Bischoflicher Parte, der als wichtigste der historischen Kritik des Alten Testaments einwirkte, der Entschluß, das Leben Jesu nach den neuen Möglichkeiten des Wissens gemündigt darzustellen. Auf einem Tiergarten-Gänge jagte Strauß zu Walte: „Der Schleiermacher hat mich mächtig angegriff, ich bin ihm viel Dank schuldig; aber der Mann hat mich doch nicht betrieblig. Er bleibt auf halbem Wege stehen, er sagt nicht das letzte Wort. Dies Wort werde ich aussprechen; ich reife jetzt nach Tübingen zurück, und höre, welche ich schreibe ein Leben Jesu nach meiner Idee.“ Schon 1835 kam das Buch heraus, im Jahre der ersten deutschen Eisenbahnen, in eben dem Jahre, das eine ganze Reihe von neuzeitlichen Wehen erfüllte literarischer Persönlichkeiten zu bündeln hatte und das das Wort, die erste Reaktion auf einer neuen Ära, sponungslos, Verfolgerer aufwachte.

Was der Rationalismus seit dem achtzehnten Jahrhundert bei der Ungleichheit seiner Mittel unbillig und unphysiologisch getan hatte, das wurde jetzt um einen entscheidenden Schritt vorwärts geführt. Der Rationalismus sah in Jesus einen Menschen und leugnete jedes Wunder; er suchte die Wunderberichte natürlich zu erklären oder hielt sie für Lüge und Betrug. Auch Strauß nahm Jesus menschlich. Er war ihm ein Einzelmann, der an der Spitze einer religiösen schichtlichen Bewegung stand, die er aber Mensch so galt auch für ihn die höchste Auffassung, daß die in der geschichtlichen Bewegung tätige höchste absolute Idee ihrer Fülle

über die Masse der Menschenseelen verteilte und niemals ganz nur ein einziges Wesen damit ausstufte. Das war ein radikaler Widerspruch gegen die dogmatische Gottheitslichkeit Christi! So aber erheiterte Strauß auch den Glauben an die Tatsächlichkeit der heiligen Geschichten. Er nahm sie als Mythen, die als ein Werk der christlichen Gemeinden bewußt geschaffen seien. Das wiederum bedeutete auch eine Erschütterung der Evangelienlehre von der absoluten Idee, die als das dritte verbindende Glieder über „Substanz“ und „Selbstbewußtsein“ gelegt war.

Wenn Strauß die Entschleierung der christlichen Geschichten jetzt in die Substanz verlegte, so nahm er ihnen ihre bisherige religiöse Bedeutung, zugleich aber tat er einen Schritt, der immerhin bereits von Hegels entscheidender idealistischer Auffassung der Dinge um ein kleines abwich. Damit begann die junghegelianische Reduktion des hohen Baues der hegelianischen Philosophie, darin sich die kirchliche Dogmatik mit ihrer Gleichung von absoluter Idee und heiligem Geist so sicher gegen den Rationalismus geborgen wählte. Bruno Bauer ging schnell und dreht über den Mythentankpunkt Strauß' hinaus; nicht bewußtlos seien die heiligen Geschichten geschlagen, sondern in bestimmtem Abstand, alle ganz gleich. Strauß hielt sich immer noch in theologischen Rahmen, aber Bauers Auffassung, die zwar auch noch innerhalb des hegelianischen Idealismus blieb, verließ die Theologie. Der Schritt, der schließlich entscheidend vom Idealismus zum Materialismus hinüberführt, sollte bald geschehen, denn bereits 1841 erschien Ludwig Feuerbachs Wesen des Christentums, dies Werk, das Ludwig als großes erlösendes Ereignis der Zeit bezeugte.

Die Straußsche Evangelienkritik war wertvoll als Fortschritt und zugleich als moralische Tat. Der Theologe Polymann sagte, die Kritik mache die sittliche und wissenschaftliche Notwendigkeit geltend, zu vielen Dingen Nein, statt gegenlos Ja zu sagen.“ Die herrschende Gewalt quälte freilich auf das Buch mit einem schändlichen geistlichen Meißel. Strauß verlor kein Wort. Ergriffener und Größter gelang in hohen Werten. Erke erhörbar, Kirchenkritik die Verengtheit forderten Verhalte des Buches. Der Professor Leo meinte: ein solches Buch hätte wenigstens lateinisch geschrieben werden müssen. Damit es nämlich dem Volke em-

Aus dem Reich.

Verlin. Die Ermordung des Fürstlichen Schwagers... Ein Verleumdungsprozess... Stuttgart. Raubmord. Die nicht unermittelte Fußmarschführer...

Vermischtes.

Ein Verurtheilte erlegte sich Freitag abend bei Ponte Treja... Die Ermordung des Fürstlichen Schwagers...

Versammlungsberichte.

Verband der deutschen Wandbrüder, Drägerstr. 11. Die Versammlung am 19. Januar...

Ein als Schriftführer... Die Versammlung wurde am 19. Januar... Die Versammlung am 19. Januar...

Letzte Nachrichten.

Barren, 27. Januar. Wegen umfangreicher Amtsgeldverbraucherung wurde in Lennep der Stadtkretar...

Madrid, 27. Januar. Von der portugiesischen Grenze erhalten die Madrider Zeitungen... Die Versammlung am 19. Januar...

Versammlungs-Anzeiger.

In vorliegender Nummer werden folgende Versammlungen bekannt gegeben: Halle: Gas- und Elektricitäts-Arbeiter... Weiskensfeld: Freireligiöse Gemeinde...

Quittung.

Zeit. Für die Gründung eines eigenen Parteiblattes gingen ein: Gemüthlicher Abend... Weiskensfeld: Freireligiöse Gemeinde...

Bestimmungen.

über die Benutzung der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis. Die Bibliothek steht jedem Mitglied...

Genossen! Werbt neue Abonnenten! Die Ausgabe und Annahme von Büchern erfolgt jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr...

Am Sonnabend sang als Gast die bekannte Dresdener Kammer Sängerin... Die Versammlung am 19. Januar...

Stadt-Theater.

Am Sonnabend sang als Gast die bekannte Dresdener Kammer Sängerin... Die Versammlung am 19. Januar...

Gerichtssaal.

Strakmann. Halle, 26. Januar 1908. Vorleser: Landgerichts-Direktor... Zwei wegen Diebstahls...

Parteinachrichtica.

Genosse Herr veröffentlicht im Zentralblatt der italienischen Partei... Die Versammlung am 19. Januar...

Polizeiliches und Gerichtliches.

Der empfindliche Militarismus. Die Verurteilung des Genossen F. von Volkshaus... Die Versammlung am 19. Januar...

Ohne Konkurrenz! Weiße Handschuhe von 15 Pfennig an... Galgenberg.

Zuverlässiger Geschirrführer... Posillon... Volksbuchhandlung.

Dank. Zurückgekehrt vom Grabe... Max Baumann.

Ständesamtliche Nachrichten. Spitze 20. Stills. Lademeister... Die Versammlung am 19. Januar...

Schloffer Raumann und Emma... Die Versammlung am 19. Januar...

Halle-N. (Burgstr. 33) 25. Jan. Beschließungen: Bussfester... Die Versammlung am 19. Januar...